

Berufung auf Natur- und Landschaftsschutz verhindert worden. In vielen Regionen wurde und wird die Einführung der Windkraft dadurch bereits im Keim erstickt. Die indirekte Wirkung ist in zweifacher Hinsicht noch gravierender. Wo die erste Anlage gebaut werden sollte und nicht genehmigt wurde, dauert es meist viele Jahre, bis wieder ein Versuch gestartet wird. Viele Menschen sind von der Vorstellung eines langen Kleinkriegs mit Behörden oder örtlichen Initiativen von vornherein so abgeschreckt, dass sie schon jeden Versuch unterlassen. Aber die schlimmste Wirkung dieser fatalen Situation, die ja keineswegs einem Mehrheitswillen der Menschen entspricht, ist, dass damit der Auffassung Nahrung geliefert wird, der Orientierung auf erneuerbare Energien seien so enge Grenzen gesetzt, dass die herkömmliche Energieversorgung auf Dauer unverzichtbar bleibe.

Die Partikularisierung des ganzheitlichen Umweltgedankens

Ökologisches Denken muss ganzheitlich angelegt sein, um die Wirkungszusammenhänge erfassen zu können. Deren Ignorierung – ausgehend von jenem partikularen Wissenschaftsverständnis, das sich in der modernen Naturwissenschaft durchsetzte – ist ein tief greifender Grund für den rücksichtslosen Umgang der industriellen Wachstumsgesellschaft mit Naturgütern. Die Spezialisierung auf das Partikulare hat sich von den Natur- und Technikwissenschaften auf immer weitere Wissensgebiete übertragen. Ein partikulares Wissenschaftsverständnis prägt die Lehre und die Berufsausbildung, und es fördert die sich immer weiter ausfransende Spezialisierung der Berufe. Die Abwägung zwischen mehreren Faktoren wird schwerer, ebenso die Gewichtung ihres jeweiligen Stellenwerts. Demgegenüber ist die Fähigkeit zu ganzheitlicher Betrachtung für Strategien gegen die Umweltkrise unverzichtbar. Doch vom Erkennen dieser Denk- und Handlungsanforderungen bis zu deren Beachtung ist es ein verschlungener Weg.

»Jede neue Auslegung der Natur«, so der studierte Physiker und spätere Philosoph und Wissenschaftstheoretiker Thomas S. Kuhn in »Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen«, »taucht zuerst im Geiste eines oder mehrerer Individuen auf. Sie sind die ersten, denen

die Wissenschaftler oder die Welt anders erscheint, und ihre Fähigkeit, den Übergang zu finden, wird durch zwei Umstände ermöglicht, die für die meisten anderen Mitglieder ihres Fachgebiets nicht zutreffen. Stets war ihre Aufmerksamkeit stark auf die eine Krise provozierenden Probleme konzentriert, und außerdem handelte es sich gewöhnlich nur um Personen, die so jung oder auf dem von der Krise befallenen Gebiet so neu waren, dass ihre Arbeit sie weniger tief als die meisten ihrer Zeitgenossen den durch das alte Paradigma bestimmten Weltauffassungen und Regeln verbunden sein ließen.« Anfangs werde »der neue Paradigmakandidat wenig Befürworter haben, und gelegentlich mögen die Motive der Befürworter fragwürdig sein. Trotzdem werden sie, falls sie kompetent sind, ihn verbessern. Und dabei wird, falls das Paradigma dazu bestimmt ist, seinen Kampf zu gewinnen, die Zahl und Stärke der überzeugenden Argumente zu seinen Gunsten wachsen. Mehr und mehr Wissenschaftler werden dann bekehrt werden, bis schließlich nur einige Starrköpfe übrig bleiben.«²⁰ Die wissenschaftliche Revolution zum Ganzheitlich-Ökologischen ist dennoch bisher stecken geblieben und versandet. Die erneuerbaren Energien, die bei einer ganzheitlichen Betrachtung der naturgegebene Dreh- und Angelpunkt des neuen Paradigmas sind, sind trotz des großen Interesses jüngerer Wissenschaftler kaum über eine Kandidatenrolle hinausgekommen.

Die Spezialdisziplinen dominieren das Wissenschaftssystem so sehr, dass es ihnen gelang, sich die ganzheitlichen Versuche unterzuordnen. Dafür gibt es normale Trägheitsgründe im Wissenschaftssystem selbst, das seine Lehrbücher nicht gerne umschreibt und dessen Prüfungsordnungen und Karrieren auf die spezialisierten Disziplinen ausgerichtet sind. Statt eines neuen ganzheitlichen Ansatzes, der quer zu diesen steht, wird oft nicht mehr als eine Addition von Spezialbetrachtungen versucht, die in ein Meer der »Komplexität« münden. Damit geht die Weigerung einher, nur einen Parameter – in unserem Fall die erneuerbaren Energien – als Schlüsselfaktor anzuerkennen, und das nicht nur zur Überwindung eines Problems, sondern mehrerer. Dies erscheint den Vertretern des partikularisierten Wissenschaftsbetriebs als zu monokausal, obwohl nicht bestritten werden

kann, dass die Kernursache der meisten Umweltprobleme der fossile Energieverbrauch ist, weshalb die Kernlösung – mit der sich viele andere Probleme gleichzeitig lösen lassen – nur im Energiewechsel liegen kann. Aber ebenso hartnäckig wie die Trägheitsmomente in der spezialisierten Wissenskultur stehen die partikularen Strukturen der Politik und die wirtschaftlichen Interessen und Abhängigkeiten wissenschaftlicher Institute der Ausbildung einer ganzheitlichen Sichtweise im Wege.

Auch die Umweltpolitik, obwohl sie eine klassische übergreifende Aufgabe ist, wurde Bestandteil des ebenfalls partikular organisierten politischen Entscheidungsbetriebs, zu einem Ressort unter mehreren. Das begann bereits mit der Installierung von Umweltministerien. Deren Aufgabe ist zwar die des Sachwalters der Umweltfragen, aber sie haben im Allgemeinen nicht die Zuständigkeit, an den Ursachen der Energiekrisen anzusetzen und den Ressourcenwechsel unmittelbar voranzutreiben. Eine der wenigen Ausnahmen ist das deutsche Umweltministerium, das 2002 die Zuständigkeit für erneuerbare Energien zugeteilt bekam. Das führte zu Spannungen innerhalb des Ministeriums, dessen klassische Aufgabe die Milderung der Folgen des Ressourcenverbrauchs war, womit es also statt am Beginn der Ressourcenkette an deren Ende ansetzte. Das führt zwangsläufig auf Nebenkriegsschauplätze. Je mehr sich die Umweltpolitik um Schadstoffpartikel statt um die Schadstoffquelle kümmerte, desto umfangreicher wuchs mit der Zahl anerkannter Partikelgefahren die Zahl und der Umfang der Umweltgesetze – frei nach der altbekannten Kritik an der Strafrechtspraxis, wonach man die Kleinen hängt und die Großen laufen lässt. Der partikelorientierte Umweltschutz richtet sich auch gegen erneuerbare Energien. Wenn bei diesen kein Haar in der Suppe gefunden wird, schütteln die Umweltbehörden so lange den Kopf, bis eines hineinfällt.

Damit schließt sich auf administrativem Wege der Kreis zu dem zuvor beschriebenen Naturschutzpurismus. Ganzheitliche Analysen überfordern die beschränkten Zuständigkeiten der Umweltpolitik und werden deshalb von dieser nur selten von der Umweltwissenschaft angefordert. Auch Unternehmen geben eher partikulare – sie

unmittelbar betreffende – umweltwissenschaftliche Analysen in Auftrag. Umweltinstitute, die demgegenüber auf einer universalen Betrachtung beharren, riskieren mangels Nachfrage aus dem politischen und wirtschaftlichen Umfeld ihre wirtschaftliche Existenz. Halb zog es die Umweltwissenschaft, halb sank sie hin und verlor das Ganzheitliche aus dem Auge, dessen Erfassung ihre eigentliche Aufgabe wäre. Das Fachwissen über erneuerbare Energien ist nicht zuletzt aus diesem Grund in der Umweltwissenschaft unterentwickelt – was sich an vielen der vorgelegten Studien zeigt. Die Konferenzbücher wissenschaftlich-technischer Konferenzen über erneuerbare Energien, die teilweise schon bis zu 2000 Teilnehmer mit jeweils hunderten wissenschaftlicher Beiträge zählen und einen ebenso breiten wie tiefen Einblick in den Stand der Entwicklung geben, bleiben in zahlreichen Studien vollständig unberücksichtigt. Umso unbeschwerter können die Autoren restriktive Bewertungen abgeben, denen nur bruchstückhafte Kenntnisse zugrunde liegen.

Schwächung durch Integrierung: die Umwelt-NGOs

Wenn von NGOs gesprochen wird, so sind damit auf internationaler Ebene alle nicht staatlichen Organisationen gemeint, sowohl ideelle Organisationen wie privatwirtschaftliche Interessenverbände. Doch denkt man normalerweise nur an ideelle Organisationen, die sich für Umweltschutz, Entwicklungshilfe oder Menschenrechte engagieren und ihre Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanzieren. Die meisten sind finanzschwach, haben nur einen kleinen und schlecht bezahlten Mitarbeiterstab und ehrenamtliche Mitstreiter, die die Bereitschaft zur Selbstausschöpfung aufbringen. Ihre Stärke liegt im Aufklären verschwiegener oder verborgener Probleme, im Aufdecken der Gründe und der Identifizierung der Verantwortlichen sowie im Benennen von Alternativen, die an die Wurzel der Probleme gehen. Um diese Rolle ausüben zu können, sind Unabhängigkeit von Regierungen und etablierten Interessenmächten sowie Konfliktbereitschaft ihr wichtigstes Kapital. Beides verschafft ihnen öffentliche Aufmerksamkeit und Einflussmacht.

Es gehört mittlerweile zur Methode »modernes Regierens«, NGOs auf sanfte Art zu umgarnen. Wurden die NGOs im Umweltbereich, die eine Sprecherrolle für die Umweltbewegung ausüben, in früheren Jahren noch als lästige Störenfriede betrachtet, so haben sie mittlerweile ihren Stammplatz in umweltpolitischen Beratungsgremien. Agierten sie lange in der Erzeugung von öffentlichem Druck, so sind sie heute in Entscheidungsprozesse einbezogen – und damit in die politische Kompromissbildung. Die Umarmungsstrategie hat das NGO-Spektrum mehr verändert als die politischen Institutionen. Nicht wenige NGOs hängen inzwischen sogar am Tropf von Regierungen. Allein die EU-Kommission zahlt gegenwärtig jährlich eine Milliarde Euro an NGOs aller Schattierungen in Form direkter Organisationszuschüsse oder durch die Vergabe von Projektmitteln.²¹ Die Gelder werden nicht nur aus Sympathie mit den Zielen der NGOs zugewährt. Vielfach erledigen sie Aufgaben, zu denen sich die Regierungen selbst nicht in der Lage sehen. Aber das ist auf Regierungsseite nicht das einzige Motiv: So wie Interessenverbände »Landschaftspflege« in politischen Institutionen betreiben, machen das Regierungen und andere öffentliche Institutionen im NGO-Spektrum. NGOs, die bei der Finanzierung ihrer Aktivitäten überwiegend und dauerhaft von Regierungsgeldern abhängig geworden sind und ohne diese Mittel nicht mehr arbeiten könnten, büßen dadurch ihre Unabhängigkeit ein. Sie werden zu Quasi-NGOs, zu »Quangos«. Auch wenn eine NGO dadurch nicht unbedingt zur Propagandistin des öffentlichen Geldgebers wird, so ist doch die Folge, dass sie dabei ihre Konfliktfähigkeit verliert – und ihre Gegenspieler die Furcht davor.

Warum NGO-Vertreter gegenüber diesem Mechanismus sanfter Anpassung anfällig sind, ist leicht zu erklären. Je größer ihre Rolle in der Öffentlichkeit wird und je stärker sie in Entscheidungsprozesse eingebunden sind, desto mehr müssen sie sich professionalisieren. Wenn ihnen öffentliche Mittel zugänglich sind, gibt es nahe liegende Gründe, diese auch in Anspruch zu nehmen. Das erleichtert ihre Arbeit; sie können ehrenamtliche oder schlecht bezahlte Arbeit in normal bezahlte verwandeln und Mitarbeiter einstellen. Doch gleichzeitig überschreiten viele NGOs dabei die unsichtbare Grenze, an der

Opportunität in Opportunismus und thematische Selbstbeschränkung umschlägt. Aus streitbaren öffentlichen Diskursen, die sie einst angezettelt haben, werden konsensorientierte Diskurse in Gremien. Harmonische Kooperationen entstehen. Zur gängigen Praxis gehört auch schon, etwa Projekte für die Weltbank zu realisieren und dafür Provisionen aus der Kreditsumme zu erhalten. Der Schweizer Soziologieprofessor Jean Ziegler beobachtet, dass die an die Adresse der Weltbank gerichteten Reden »plötzlich milder« geworden sind: »Diese NGOs verhalten sich letztlich wie wohlfeile Dirnen.«²² Und: »Viele der konsultierten Führungspersönlichkeiten und Kader der NGOs werden später diskret in die höheren Etagen der Weltbank gehievt.« Die indische Schriftstellerin Arundhati Roy beobachtet, dass viele schon ihren »Finanziers verpflichtet« sind und als »Puffer« zwischen den Institutionen und der Bevölkerung wirken. Die »NGOisierung des Widerstands« mache diesen zu einem »vernünftig bezahlten 9 bis 17-Uhr-Job«.²³

Überraschend sind solche Entwicklungen nicht. Auch die NGO-Akteure sind von dieser Welt. Sie wollen ihre Arbeit auf eine stabilere finanzielle Basis stellen. Sie können und wollen nicht nur Daueroppositionelle sein. Wenn sie sich anpassen, ist das nicht kritikwürdiger als bei Politikern, die einst radikale Positionen bezogen haben und später in den Mainstream konventionellen Politikverhaltens eintauchen. Es gibt nur keinen Grund, NGO-Akteuren pauschal einen Heiligenschein zuzugestehen und ihre Standfestigkeit zu überschätzen. Zumindest gibt es keinen Grund, die jeweils von ihnen vertretenen Positionen zum Maß aller kritischen Dinge zu machen, als seien diese das maximal praktisch Vertret- oder Erreichbare, wenn man noch »realistisch« bleiben wolle. Statt »Sand im Getriebe« der Maschinerie des überkommenen Energiesystems zu sein, sind Teile der Umweltbewegung zum »Öl im Getriebe« des Regierungshandelns und von UN-Organisationen geworden, wie es Irm Pontenagel in einem Artikel formulierte.²⁴ Aus der großen Herausforderung wird die kleine reformerische Ambition.

Derartige Wandlungen entsprechen fast bis ins Detail der Kommunikationsstrategie der Großkonzerne, deren Methoden Judith

Richter von der amerikanischen NGO »Corner House« beschrieben hat.²⁵ Die erste Regel heißt: »depoliticize« – die Entpolitisierung der Diskussion, indem die politische Frage zu einer erklärt wird, die nur technokratisch gelöst werden könne. Sodann: »divert« – das Abbiegen von Kritik an der Hauptsache durch die Organisation öffentlicher Diskurse über Nebensachen, zu denen NGO-Vertreter eingeladen werden und auf denen ihnen der Eindruck vermittelt wird, sie würden nunmehr gehört. Vor allzu scharfen Kritikern hütet man sich allerdings. Zwischen konsenswilligen und nicht konsensfähigen Akteuren, »Vernünftigen« und »Unvernünftigen«, wird sorgsam differenziert. Die Eingeladenen sehen sich auf einem Erfolgsweg. Die Sammelbezeichnung für diese Methode ist »proaktive Neutralisierung«. Es gibt scheinbar keine grundlegenden Differenzen mehr, sondern nur noch widrige Umstände, für die um Verständnis geworben wird und die gemeinsam überwunden werden müssten. Die Pfeile der so integrierten NGO-Vertreter bleiben im Köcher, und schließlich verschwindet auch dieser, weil er nicht mehr zum neuen Anzug passt.

»Zwischen Regierungsberatung und Rebellentum: Welche NGOs braucht die Umwelt?« war die Fragestellung auf der »Umweltkonferenz 2005« der Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag. NGO-Vertreter versuchten hier, ihre veränderte Rolle zu beschreiben. »Der einfache und überschaubare Gegner fehlt«, hieß es in einem Statement – zum Zeitpunkt der anlaufenden Kampagne der Stromkonzerne zur »Renaissance der Atomenergie«, für den Bau von 40.000 MW neuer Großkraftwerke und gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Wenige Tage später fand der »Rohstoffkongress« des Bundes der Deutschen Industrie (BDI) statt, auf dem ein Redner nach dem anderen das »Übermaß« an ökologischer Politik als Gefahr für die Wirtschaft insgesamt anprangerte. Roll-back-Versuche überall und dennoch keine überschaubaren Gegner mehr? »Der neoliberale Diskurs ist dominant«, hieß es weiter, um zu erklären, warum die Umweltbewegung in die Defensive geraten ist. Aber warum wird dann nicht wenigstens die Hohepriesterschaft dieses Neoliberalismus als Gegner gesehen? Aufgrund von dessen Fehlen – so hieß es weiter –

lasse sich Umweltpolitik »nicht mehr mit einfachen Forderungen machen, sie ist ein hochkompliziertes Politikfeld geworden«. Aber so mühsam der grundlegende Wechsel zu erneuerbaren Energien ist, so glasklar »einfach« lässt sich dieses Ziel formulieren und vielfältig begründen.

Ein anderes Statement sprach von der »Nachdenklichkeit nach innen«, weil die Umweltbewegung in einem Zwiespalt sei: Der »Erfolglosigkeit im Hinblick auf die grundsätzlichen Fragen von Wachstum und Konsum« stehe der »Erfolg gegenüber, quasi mit am Regierungstisch und in der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein«. Aber wie kann es das Ziel einer *Nicht*-Regierungsorganisation sein, in einer Regierung anzukommen, ohne Erfolge in ihren »grundsätzlichen Fragen« zu erzielen? Wird da nicht das Erfolgserlebnis einzelner Personen, mit der Regierung liiert zu sein, mit einem Erfolg der Bewegung verwechselt – so wie viele Politiker, die durch freiwillige Relativierung oder Preisgabe programmatischer Ziele im Regierungsamt gelandet sind, ihren individuellen mit einem programmatischen Erfolg ihrer Partei verwechseln? Dem Selbstverständnis einer Bewegung kann ein »Ankommen« in einer Regierung höchstens dann entsprechen, wenn diese deren Ziele tatsächlich übernommen und praktisch umgesetzt hat. Dann aber hätte die Bewegung einen so durchschlagenden Erfolg, dass sie sich damit selbst aufhebt und auflösen kann. Das »Erfolgsgelheimnis« einer Bewegung ist, dass sie frei ist von den institutionellen Handlungsrestriktionen einer Regierung und von den Rücksichtnahmen einer Partei auf unterschiedliche Wertvorstellungen und Interessen ihrer Wähler. Eine Bewegung muss nicht zur Wahl antreten, hat dafür aber die größere Freiheit ungeschönter Problembeschreibung und unkompromittierter Artikulation der anzustrebenden Ziele, um die öffentliche Meinung zu verändern. Nur so kann sie treibende Kraft für angestrebte Veränderungen sein.

Die Umweltfrage, so hieß es weiter in dem Statement auf dem Kongress, sei für die Umweltbewegung »komplizierter geworden«. Während »früher klar gewesen« sei, »dass einzelne Stoffe ›böse‹ sind, so zeigen die Ökobilanzen inzwischen ein verwirrendes Bild an Pro- und Contra-Argumenten. Es gibt spezifische Interessen in der ausdif-

ferenzierten NGO-Szene: Der Gewässerschützer wird zum Gegner des Freundes der Wasserkraft, der Landschaftsschützer zum Feind des Windfreundes.« Deshalb müsse die Umweltbewegung eine »Moderatorenfunktion übernehmen, damit man sich nach außen nicht gegenseitig in den Rücken fällt«. Doch kann eine Umweltbewegung ein wandelnder Vermittlungsausschuss zwischen widersprüchlichen Zielvorstellungen sein, mit Formelkompromissen und unter Verzicht auf eine grundlegende Klärung der Problem- und Gefahrenhierarchie? Muss sie dann nicht erstarren und sich selbst im Wege stehen? Auch politische Parteien erstarren und werden konturlos, wenn sie strittige Fragen aus ihren internen Diskussionen verbannen, um mit Blick auf die nächsten Wahlen das Bild der Geschlossenheit nicht zu gefährden. Sie haben dafür aber wenigstens einen taktischen Grund, der kurzfristig über Machtgewinn oder -erhalt entscheiden kann. Eine Bewegung hat diesen Grund nicht – schon gar nicht, wenn sie meint, dass es »keine Gegner« mehr gebe. Eine NGO betreibt ihre Selbstneutralisierung, wenn sie sich davon abbringen lässt, die Diskussion zu politisieren, Ablenkungsmanövern entgegenzutreten, Ross und Reiter zu nennen und die geistige Hegemonie in der öffentlichen Diskussion – und mit dieser die Begriffshoheit – zu gewinnen. Eine NGO, die sich davon abbringen lässt, wird zum »Bettvorleger« bestehender Verhältnisse, selbst wenn sie zunächst als »Tiger« gegen diese anzuspriegen versuchte.

Es ist kein Zufall, dass die Umweltbewegung, wie sie aus den 70er Jahren hervorgegangen ist, keineswegs die treibende Kraft für erfolgte Aufbrüche zu erneuerbaren Energien war. Sie hat zwar den Boden bereiten geholfen, indem sie in der Gesellschaft ein kritisches Bewusstsein über die Umweltgefahren durch Atomenergie und fossile Energien geschaffen hat. Aber die Saat der erneuerbaren Energien haben eigens dafür gegründete Organisationen, darunter viele lokale Solarinitiativen, gesät und zum Wachsen gebracht. Und es waren Techniker, die Anlagen und Anwendungen dafür ausgetüfelt haben. Nur Teile der Umweltorganisationen haben daran mitgewirkt, während andere die Entwicklung sogar gebremst haben.

Dies hat nicht zuletzt psychologische Gründe, die mit der Ent-

stehungsgeschichte der Umweltbewegung zusammenhängen. In ihrem Ursprung war sie auf Verhinderungsaktionen eingestellt, um der zerstörerischen Wirkung ungebremsen Wachstums entgegenzutreten: die Verhinderung des Baus von Atomkraftwerken, Kohlekraftwerken oder neuen Autobahnen. Energievermeidungsstrategien passen in dieses Muster. Weniger Atomenergie und fossile Energie zu verbrauchen kann nicht falsch sein. Man muss nicht befürchten, etwas falsch zu machen. Die klare Entscheidung zum »Ja« für erneuerbare Energien erfordert jedoch einen Mentalitätswechsel, der viele psychisch überfordert – selbst dann, wenn sie mit ihrer Verweigerungshaltung zu Helfershelfern des energiewirtschaftlichen Strukturkonservatismus werden.

Es ist auch kein Zufall, dass sich inzwischen ein neues Spektrum von NGOs herauskristallisiert: die so genannte Anti-Globalisierungsbewegung, die gegen die Gleichschaltung aller Wirtschaftsordnungen nach dem Prinzip globaler Marktfreiheit ohne Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Folgen sowie auf die Grundsätze demokratischer Selbstbestimmung von Gemeinwesen gerichtet ist. Organisationen wie attac, die jährlich das Weltsozialforum bestreiten, haben mit den NGOs, die sich auf den internationalen und nationalen Regierungskonferenzen und in deren Gremien tummeln, nur noch wenig zu tun – und nur wenige von den »alten« NGOs sind in der neuen Bewegung dabei. Das ist der normale Lauf der Dinge, der sich aus der Ermüdung, den Widersprüchen, der Integration und Normalisierung der Umweltbewegung ergibt.

Die Umweltbewegung ist nur noch scheinbar eine »soziale Einheit«. Umweltpolitisch werden in ihr längst unterschiedliche Konzepte verfolgt. Aus ihr sind nicht nur Verfechter erneuerbarer Energien, sondern auch Abwiegler und Akteure hervorgegangen, die einem Energiewechsel entgegenstehen. Will man die Fiktion der Gemeinsamkeit krampfhaft aufrechterhalten, so bedeutet dies, unter Berufung auf den Umweltschutz unverhältnismäßige Restriktionen gegenüber der Einführung erneuerbarer Energien hinzunehmen. Die einzelnen Umweltorganisationen stehen selbst an einer Wegscheide. Bleiben sie bei ihrer ambivalenten Einstellung, muss ihnen die öko-

logische Glaubwürdigkeitsfrage gestellt werden. Wollen sie diese Ambivalenz überwinden, müssen sie einen konfliktreichen internen Klärungsprozess herbeiführen – bei dem sie zwar Mitglieder verlieren, aber auch neue gewinnen können. Die klare Positionierung für erneuerbare Energien bedeutet nicht, auf deren ökologische Optimierung zu verzichten: Es liegt kein unauflösbarer Widerspruch darin, für eine landschaftsgestaltende Installierung von Windkraftanlagen, für Mischkulturen und regionale Nährstoffkreisläufe bei der Bioenergie oder für naturangepasste Wasserkraftanlagen einzutreten – aber eben mit der Grundeinstellung, dieses Potenzial überall nutzen zu wollen.

Es geht um neue Allianzen zwischen den Verfechtern erneuerbarer Energien und den Teilen der Gesellschaft insgesamt, die für den Energiewechsel gewonnen werden können und müssen. Diese neue Allianz kann jedoch nicht entstehen, wenn jedem kleinkarierten Bedenken Rechnung getragen werden soll. Mit einer »Allen wohl und niemandem weh«-Einstellung kann die Auseinandersetzung um den Energiewechsel, in dem die überkommene atomar-fossile Energiemacht alle Register der Problemablenkung und Konfliktaustragung zieht, nicht gelingen. Die neue Umweltbewegung muss eine Bewegung für die erneuerbaren Energien sein, um gerade damit ihrem ganzheitlichen Anspruch gerecht zu werden.

AKTIVIERUNG ODER NIHILISMUS? ENERGETISCHE WELTKRISE UND WERTEPOLARISIERUNG

Demokratische Industriegesellschaften mit ihren wissenschaftlich ausgebildeten Funktionseleiten und hohem technologischen Niveau, ihrem breiten Informationsstand – beanspruchen für sich, dass sie überwiegend vernunftorientierten pragmatischen Verhaltensmaßstäben folgen und frei sind von fundamentalistischen oder irrationalen Neigungen. Wäre das wirklich so, gäbe es viele langfristig angelegte Krisen nicht, und sicher auch keine ökologische Weltkrise. Mit großer Selbstverständlichkeit wäre bereits seit drei Jahrzehnten in gro-

ßem Stil die Umorientierung zu einem effizienzorientierten Umgang mit Energie und auf erneuerbare Energien eingeläutet worden. Doch stattdessen wollen immer noch viele nicht einmal die Hinweise hören, dass allein auf diesem Wege die apokalyptischen Folgen atomarer und fossiler Energienutzung gebannt werden können. Inzwischen spricht auch eine Studie des Pentagon über »An Abrupt Climate Change« davon, dass Udenkbares praktisch vorstellbar – »Imagining the Unthinkable« – geworden ist.²⁶ Doch die daraus folgende Konsequenz ziehen auch die Autoren dieser Studie nicht – obwohl doch eigentlich nicht schwer zu begreifen ist, dass mit dem radikalen Wechsel zu erneuerbaren Energien diese Gefahr und gleichzeitig andere katastrophenträchtige Energiekrisen abgewendet und überwunden werden könnten. Dabei geht es um nichts weniger als darum, die Welt wieder »selbstvernichtungsunfähig« zu machen, wie es der zeitkritische Philosoph Peter Sloterdijk formuliert.

Die Verweigerung gegenüber dieser Konsequenz rührt nicht nur aus mangelnden Informationen. Sie ergibt sich auch keineswegs nur aus der Diskrepanz zwischen Erkenntnis und Interesse, das bei den in die Energiewirtschaft Eingebundenen wenigstens noch eine interessegeleitete, berechenbare Rationalität darstellt. Das tiefer liegende Problem ist die Erkenntnisverweigerung vieler nicht in das energie-wirtschaftliche Interessengeflecht Involvierter gegenüber dem Lösungspotenzial erneuerbarer Energien, selbst wenn ihnen die Gefahren der atomaren und fossilen Energienutzung bewusst sind. Viele wollen die Wahrheit weder hören noch wissen, und wenn sie es hören, wollen sie sie nicht glauben. Wenn sie sie glauben, wird es wieder vergessen oder verdrängen – oder sie lassen das Wissen nicht in ihr Bewusstsein eindringen. Mehr noch als in der Allgemeinbevölkerung ist diese Mentalität unter Angehörigen der gesellschaftlichen »Eliten« anzutreffen. Es handelt sich um psychologische Sperren, die auch nicht allein mit der Selbstunterwerfung der Menschen unter die bei ihnen nicht mehr wegzudenkenden Wunderwerke hochkomplexer Technologien erklärbar sind. Die photovoltaische Umwandlung von Sonnenlicht in Strom – eine Technik ohne bewegliches Teil, ohne jedes Geräusch, ohne irgendeine Emission – ist ein größeres Wunderwerk